

Gutachten und Dienstleistungen



Stand: 2017/2018

Rechtsgutachten und Rechtsstudien des Instituts für Europarecht unter der Leitung von Prof. Astrid Epiney

Titel	Jahr	Auftraggeber
Toll+: In-depth analysis of the concept with focus on questions regarding an optimal design and a practical implementation of the Toll+ concept in order to maximize benefits and prevent unwanted effects	2017 2018	Suivi de Zurich (Kooperation der Verkehrsministerien der Alpenstaaten)
Les allocations familiales et «allocation de logement familial» versées à des personnes domiciliées à l'étranger et la portée de l'interdiction de discrimination dans l'Accord sur la libre circulation des personnes	2017 2018	Canton de Genève
Zur rechtlichen Tragweite der geplanten Verordnung des Hochschulrates zur Koordination der Lehre an den Schweizer Hochschulen	2017	swissuniversities
Ausgleichsmassnahmen im Elektrizitätsbereich	2016	Bundesamt für Energie BFE
Das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung: verfassungsrechtliche Anforderungen an die gesetzliche Grundlage und Einbettung in die Hochschullandschaft Schweiz	2016	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFJ
Zur rechtlichen Tragweite der Bauprodukteverordnung der EU (VO 305/2011) und ihren Implikationen für die Rechtslage in der Schweiz	2016	Bundesamt für Bauten und Logistik BBL
Informationssysteme im Zusammenhang mit der Koordinierung der Systeme sozialer Sicherheit: datenschutzrechtliche Anforderungen	2015	Bundesamt für Sozialversicherungen BSV
Vorgaben des „Alpenschutzartikels“ der Bundesverfassung (Art. 84 BV) im Hinblick auf die Ausgestaltung des Verlagerungsziels für den alpenquerenden Güterverkehr	2015	Verein Alpeninitiative

Zur Zulässigkeit der Regelung der Nebenbeschäftigungen von Professorinnen und Professoren auf Bundesebene	2015	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI
Anwendbarkeit des Gesetzes über die öffentlichen Gaststätten des Kantons Freiburg (ÖGG) auf die Aktivitäten des Studierendenzentrums der Universität Freiburg i.Ue.	2015	Akademische Direktion der Universität Freiburg i.Ue.
Kurzeinschätzung zur Vereinbarkeit eines „Toll Plus“-Systems im Alpenraum mit dem Unionsrecht und dem rechtlichen Rahmen in der Schweiz	2015	INFRAS
Anwendbarkeit von Schutzbestimmungen des Entsende- und Ausländerrechts auf grenzüberschreitende Transportleistungen	2015	Bundesamt für Verkehr BAV
Rechtliche Aspekte der HETA-Abwicklung und des Moratoriums der österreichischen Finanzmarktaufsicht im Lichte des Unionsrechts	2015	Österreichische Finanzmarktaufsichtsbehörde
Zur rechtlichen Tragweite der Art. 121a, Art. 197 Ziff. 9 BV – ausgewählte Aspekte / La portée juridique des articles 121a et 197 ch. 9 Cst. – aspects choisis	2014	Conseil d'Etat du canton de Vaud
Zu den rechtlichen Konsequenzen einer allfälligen Kündigung des Landverkehrsabkommens für den Eisenbahnbereich	2014	
Informationssysteme im Zusammenhang mit der Koordinierung der Systeme sozialer Sicherheit: datenschutzrechtliche Anforderungen	2014	
Zur Revision der UVP-Richtlinie im Vergleich zum geltenden schweizerischen Recht	2014	Bundesamt für Umwelt BAFU
Zur Abgrenzung des Anwendungsbereichs des Datenschutzgesetzes des Bundes und der kantonalen Datenschutzgesetze	2014	Inselspital Bern
Rechtsfragen im Zusammenhang mit Grenzkraftwerken	2014	Eidgenössische Elektrizitätskommission ElCom
Zu den Vorgaben von Art. 6 Abs. 1 EMRK im Hinblick auf eine Reform des Beschwerdeverfahrens bei Personalstreitigkeiten im Kanton Freiburg	2014	Fédération des Associations du Personnel du Service public du Canton de Fribourg FEDE
Pumpspeicher im trilateralen Umfeld Deutschland, Österreich und Schweiz	2014	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Deutschland), Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (Österreich), Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
Zur Vereinbarkeit der Einführung einer Alpentransitbörse mit den Vorgaben des EU-Rechts	2013	Europaregion Tirol – Südtirol - Trentino
Zu den datenschutzrechtlichen Vorgaben für den Rückgriff auf das Klienten-Informationssystem für Sozialarbeit (KISS). Unter besonderer Berücksichtigung der Zugriffsberechtigung	2013	Datenschutzbeauftragter der Stadt Bern
Kommunikationsgrundrechtliche Vorgaben bei der Durchführung von Veranstaltungen auf öffentlichem Grund (Leitung: Dr. iur. Markus Kern)	2013	Schweizerische Bundesbahnen SBB

Zur Stellung ausländischer und privater Institutionen des Hochschulbereichs unter dem Hochschulförderungs- und – koordinationsgesetz (HFKG)	2013	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI
Vorgaben des Unionsrechts für die Ausgestaltung des Eisenbahnsektors und ihre Bedeutung für die Schweiz	2013	Schweizerische Bundesbahnen SBB
Aktive behördliche Information in Umweltangelegenheiten – Zu Reichweite und Schranken des Rechts und der Pflicht staatlicher Behörden zur Verbreitung oder Weitergabe von Umweltinformationen unter besonderer Berücksichtigung wissenschaftlicher Untersuchungen	2013	Bundesamt für Umwelt BAFU
Zur Sicherung von integrierten Taktfahrplänen	2012	Schweizerische Bundesbahnen SBB
Zur Implementierung des sog. Smaragd-Netzwerks in der Schweiz: Perspektive der Einbindung der Schweiz in ein europäisches Naturschutzgebietsnetz	2012	Bundesamt für Umwelt, Bern BAFU
Zur Frage der Reichweite der Bindungswirkung der zolltariflichen Einreihung von Waren durch die Zollbehörden der Mitgliedstaaten nach dem EU-Zollkodex	2012	Translait AG
Die Genehmigung wissenschaftlicher Forschung in der Antarktis im Lichte von Umweltschutz und Forschungsfreiheit, Rechtsgutachten im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) Deutschland	2012	Umweltbundesamt, Dessau (Deutschland)
Zur Anwendbarkeit des Luftverkehrsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft und insbesondere der Verordnung (EG) Nr. 2027/97 auf einen Helikopterabsturz vom 22. Dezember 2003	2011	Gerichtskreises VIII Bern-Laupen
Datenschutzrechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Software zum Case Management Berufsbildung (CaseNet)	2011	Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie BBT
Evaluation des Schweizerischen Datenschutzgesetzes	2011	Politikberatungsbüro (Büro Vatter, Bern) und im Auftrag des Bundesamtes für Justiz
Zur Tragweite der aussenpolitischen Grundsätze der Bundesverfassung im Zusammenhang mit der Erteilung von Exportrisikoversicherungen	2011	Erklärung von Bern
Zur Vereinbarkeit der eidgenössischen Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ (Zuwanderungsinitiative) mit dem Freizügigkeitsabkommen Leitung (Dr. iur. Julia Hänni sowie Sebastian Heselhaus, Universität Luzern)	2011	FDP Schweiz
Zur Anwendbarkeit des Luftverkehrsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft und insbesondere der Verordnung (EG) Nr. 2027/97 auf einen Helikopterabsturz vom 22. Dezember 2003	2011	Gerichtskreis VIII Bern-Laupen
Zur Liberalisierung des grenzüberschreitenden Personenverkehrs auf der Schiene in der Schweiz	2010	Schweizerische Bundesbahnen SBB
Nationalitätserfordernis für die Zulassung als Eisenbahnunternehmen - Zu den vorgesehenen Modifikationen des Art. 4 Abs. 1 RL 95/18 und ihren Implikationen für die Schweiz	2010	Schweizerische Bundesbahnen SBB
Die Aufrechterhaltung des Schweizer Postmonopols aus	2010	Schweizerische Post

unionsrechtlicher Sicht		
Zur Vereinbarkeit von CO2-Emissionsabgaben auf Personenwagen mit dem Freihandelsabkommen Schweiz – EU	2010	WWF Schweiz
Zur Perspektive eines Dienstleistungsabkommens Schweiz - EU. Inhaltliche Tragweite und Einbettung in die bestehenden Beziehungen Schweiz - EU	2010	Crédit Suisse
Zu den Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie und der IVU-Richtlinie: ein Vergleich mit der Rechtslage in der Schweiz	2010	Bundesamt für Umwelt BAFU
Zur Vereinbarkeit ausgewählter Modelle von Lenkungsabgaben auf Alkoholika mit dem Freihandelsabkommen Schweiz – EG und der Wirtschaftsfreiheit	2009	Eidgenössische Alkoholverwaltung EAV
„Umweltplanungsrecht“ in der Europäischen Union und Implikationen für das schweizerische Recht	2009	Bundesamt für Umwelt BAFU
Berücksichtigung umweltpolitischer Belange in der Agrarpolitik in der EU und in der Schweiz – ein Vergleich	2008-2009	Bundesamt für Umwelt BAFU
Arbeitnehmerentsendung und Freizügigkeitsabkommen Schweiz – EG	2008-2009	Amt für Aussenwirtschaft Vorarlberg
Revisionsbedarf des Bundesgesetzes und der Verordnung über die internationale Entwicklungszusammenarbeit	2008-2009	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA
Mitarbeit beim Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen	2007-2009	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen WBGU
Beratung des Königreichs Marokko im Hinblick auf den Aufbau einer effektiven Umweltverwaltung, Erstellung eines diesbezüglichen Rechtsgutachten über die Rahmenbedingungen für ein effektives System des Vollzugs des Umweltrechts	2007-2008	Königreich Marokko
Gutachten zur Vereinbarkeit von Ausländerklauseln im Amateursport mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen	2007-2008	Schweizerischer Leichtathletikverband
Gutachten zum Thema „Europäisches Gesundheitsrecht – Klärung ausgewählter Rechtsfragen“	2006-2008	Bundesamt für Gesundheit BAG
Rechtsgutachten betreffend die Stellung von Nordzypern und Nordzypern im Europäischen Gemeinschaftsrecht	2006-2007	Anwaltskanzlei in Zürich
Rechtsgutachten betreffend die völkerrechtliche Bewertung von durch Grossbritannien im 19. Und 20. Jahrhundert auf Zypern durchgeführten Landvermessungen und – zuteilungen	2006-2007	Anwaltskanzlei in Zürich
Rechtsstudie zum Thema „Entwurf für ein Asylgesetz des Fürstentums Liechtenstein“	2006	Fürstentum Liechtenstein
Rechtsgutachten „Ausgewählte Rechtsfragen im Gefolge des EuGH-Urteils C-17/03“	2006	Bundesamt für Energie BFE
Rechtsgutachten zum Thema „Die Kantone zwischen EU-Beitritt und bilateralem Weg: Bewertung ausgewählter europapolitischer Optionen aus rechtlicher Sicht“	2005-2006	Konferenz der schweizerischen Kantonsregierungen
Rechtsgutachten zum Thema „Rechtliche Aspekte von Nutzungsentgelten“, in Zusammenarbeit mit Ecologic	2005	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der BR Deutschland

Rechtsgutachten zum Thema „Zur Relevanz der Richtlinie 94/95/EG (Betriebsrichtlinie) in der Schweiz“	2004-2005	Verband Schweizerischer Angestelltenvereine der Maschinen- und Elektroindustrie
Teilnahme an den Forschungsarbeiten zum Thema „Environmental Governance in Europe: The Impact of International Institutions and Trade on Policy Convergences in Europe“	2003-2004	CE Max Planck-Institut für das Recht der Gemeinschaftsgüter
Rechtsstudie zum Thema „Kompetenzen und Verpflichtungen der EG bei Aushandlung, Abschluss und Umsetzung von Entscheidungen im Rahmen von Meeresschutzabkommen“ in Zusammenarbeit mit Ecologic	2002-2003	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der BR Deutschland
Rechtsstudie zum Thema „Zur rechtlichen Tragweite der OSPAR-Konvention in Bezug auf die Wiederaufbereitung atomarer Abfälle – unter besonderer Berücksichtigung der Verpflichtungen der Schweiz“	2002-2003	Greenpeace Schweiz
Rechtsstudie zur „Botschaft zum Bundesgesetz über die universitären Medizinalpersonen“	2002-2003	Bundesamt für Gesundheit BAG
Rechtsgutachten zum Thema „Elektronisches Verzeichnis der EG-Rechtsakte, die nach den sektoriellen Verträgen für die Schweiz relevant sind“	2002-2003	Integrationsbüro EDA/EVD
Rechtsgutachten zum Thema „Reformbedarf beim Rechtsschutz in Umweltangelegenheiten in Deutschland vor dem Hintergrund gemeinschaftsrechtlicher und völkerrechtlicher Herausforderungen“	2002	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland
Rechtsgutachten zum Thema „Überprüfung internationaler wasserwirtschaftlicher Übereinkommen (mit Beteiligung Deutschlands) im Hinblick auf die Implementierung der EG Wasserrahmenrichtlinie“	2002	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland
Rechtsgutachten zum Thema „Vereinbarkeit einer leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe mit europarechtlichen Vorgaben“	2001	Fürstentum Liechtenstein
Rechtsgutachten zum Thema „Niederlassungsrecht nach dem Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG“	2000	Privater Auftraggeber
Rechtsgutachten zum Thema „Europa- und Völkerrechtsverträglichkeit der Verkehrshalbierungsinitiative“	2000	Initiativkomitee zu Halbierung des motorisierten Strassenverkehrs
Völkerrechtliche Aspekte des Staudamm-Projekts Ilisu (Türkei)	2000	Erklärung von Bern
Rechtsgutachten zum Thema „Rechtliche Aspekte der streckenweise Verlagerung des Güterverkehrs“	1999-2000	Alpen-Initiative
Zugang zu Gerichten und gerichtliche Kontrollen im Umweltrecht	1999-2000	Deutsches Umweltbundesamt UBA, Berlin
Die rechtliche Tragweite der Aarhus-Konvention	1999	Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft
Rechtsstudie zum Thema „Die Gemeinschaftsrechtskonformität der kantonalen Referendums- und Initiativvorlagen 1993-1998“, in Zusammenarbeit mit dem Centre d'études et de documentation sur démocratie directe (C2D) der Universität Genf	1998	Integrationsbüro EDA/EVD

